



Der Staat ist ein gefräßiges Raubtier

von Dr. Hugo Müller-Vogg

Steuern sind ein erlaubter Fall von Raub. Nein, das hat nicht irgendein herzloser Neoliberaler von sich gegeben. Das schrieb der Kirchenlehrer Thomas von Aquin (1224–1274) schon vor achthundert Jahren. Was ja auch stimmt: Jedes Gemeinwesen ist gezwungen, seinen Bürgern Geld abzunehmen, ob diese wollen oder nicht. Denn ohne Steuern ist kein Staat zu machen. Fragt sich nur, wie brutal der „Räuber Staat“ zuschlägt.

In Deutschland ist der Staat ein gefräßiges Raubtier, gieriger als seine Artgenossen in vielen anderen Staaten. Die Steuerquote, also der Anteil der Steuern an der gesamten Wirtschaftsleistung, ist 2022 auf 24,5 Prozent gestiegen – ein neuer Höchststand. Das heißt, der Staat beansprucht ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts für sich. 1991, dem ersten Jahr nach der Wiedervereinigung, lag diese Quote noch bei 22,0 Prozent. Dabei sind die hohen Sozialabgaben noch gar nicht mitgerechnet.

Spannungen wegen Steuererhöhungen

Dessen ungeachtet rufen die Politiker von links bis ganz links – Grüne, SPD und Linkspartei – ständig nach höheren Steuern. Es gibt kein Problem, das sich aus deren Sicht nicht mit höheren Steuersätzen oder einer neuen Vermögensteuer lösen ließe. Das führt in der Ampel-Koalition zu heftigen Spannungen. Dabei heißt die Gefechtslage: Rot-Grün gegen FDP.

Bundesfinanzminister Christian Lindner und die FDP weigern sich beharrlich, an der Steuerschraube zu drehen oder die Schuldenbremse aufzuheben. Aus gutem Grund: Beides waren Voraussetzungen für eine Koalition der Freien Demokraten mit den zwei linken Parteien SPD und Grüne. Allerdings sind die Ausgabenwünsche der roten und grünen Minister viel höher als das, was ohne Steuererhöhungen oder noch höheren Schulden finanziert werden kann. Deshalb hat der Finanzminister die Eckwerte für den Bundeshaushalt 2024 noch nicht vorgelegt.

Wo Lindner recht hat, hat er recht

Es geht für Lindner nicht nur darum, dass die FDP zu ihren finanzpolitischen Wahlversprechen steht, zumal wenn die Partei sich ein „Umfallen“ nicht leisten kann. Doch in der Sache hat Lindner völlig recht. Seine Aussage, „der Staat hat kein Einnahmeproblem, wir haben ein massives Ausgabeproblem“, lässt sich mit Zahlen belegen.

Der deutsche Fiskus kann in der Tat nicht über zu spärlich tröpfelnde Steuerquellen klagen. Das Steueraufkommen, also die Summe aller Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden, betrug 1991 – im Jahr eins nach der Wiedervereinigung – 338 Milliarden Euro. 2022 war diese Summe auf 888 Milliarden Euro angestiegen. Das ist ein Zuwachs um 550 Milliarden Euro beziehungsweise um 163 Prozent. Was wiederum einem durchschnittlichen jährlichen Plus von gut 3,5 Prozent entspricht. Da die Inflationsrate in diesen 31 Jahren fast immer unter 3 Prozent und teilweise sogar weit darunter lag,